

Vom schwierigen Umgang mit Jahrestagen und Jubiläen

Der Berliner Politikwissenschaftler Herfried Münkler sinniert über die Erinnerungskultur der Deutschen

Die Deutschen haben von jeher gewisse Probleme mit der Haltung zu eigenen Geschichte. Der Symbolgehalt der Ereignisse wird oft kontrovers wahrgenommen. ROBERT SCHRÖPFER sprach darüber mit dem Politikwissenschaftler Herfried Münkler.

Märkische Oderzeitung: Herr Münkler, in Ihrem Buch „Die Deutschen und ihre Mythen“ erklären Sie, die Bundesrepublik sei eine „weithin mythenfreie Zone“. Nun, im Gedenkjahr 2009, werden Debatten über Kurras und 1968, die DDR, Varusschlacht und Versailler Vertrag geführt. Sind Sie überrascht?

Herfried Münkler: Eigentlich nicht. Wenn man feststellt, dass es die großen politischen Gründungsmythen nicht gibt, die einer Gesellschaft Identität und Orientierung geben, schließt das milieubezogene Mythen, die für einzelne Gruppen große Bedeutung haben, nicht aus.

Trotzdem: Der Höhepunkt des Gedenkjahres 2009 – DDR-Umsturz und Mauerfall – steht noch bevor.

Auch „1989“ hat sich nicht als große sinnstiftende Erzählung durchsetzen können, son-

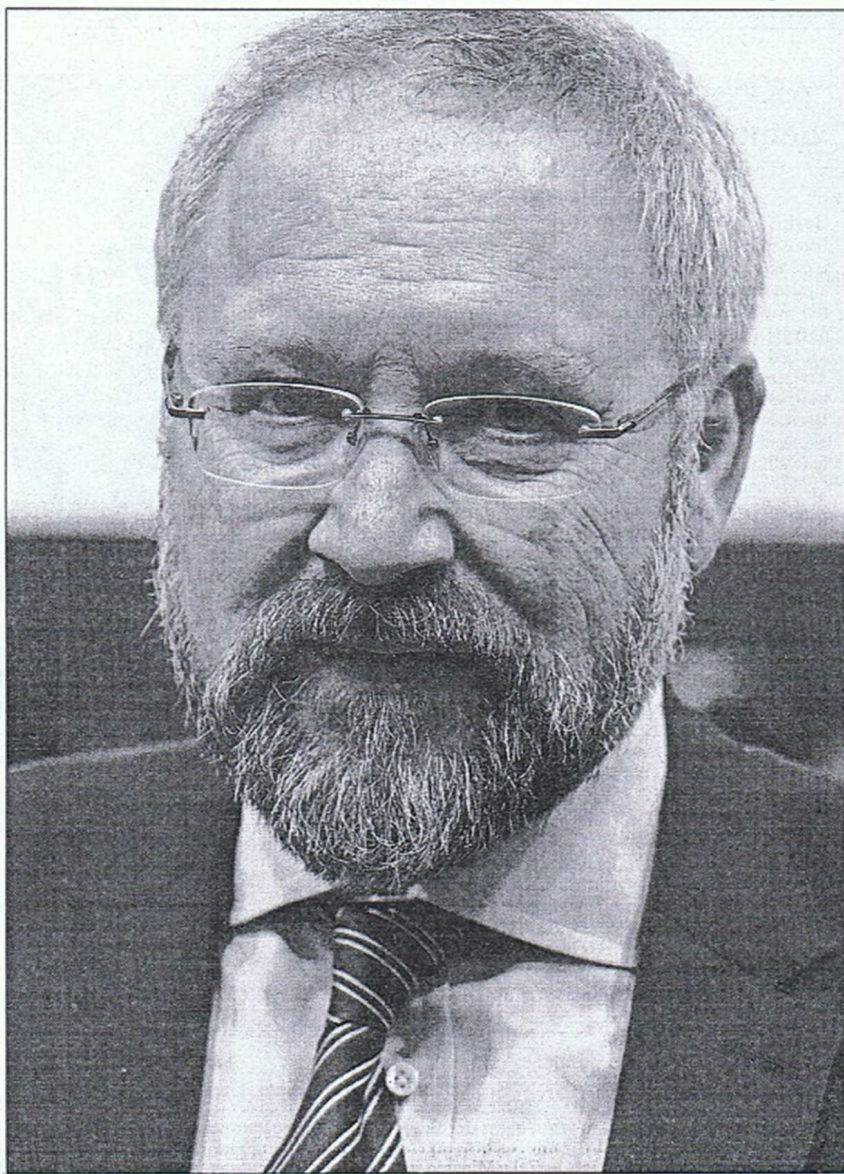
Montags-INTERVIEW

dem wird überlagert von der Erzählung der diplomatischen Erfolge auf dem Weg zur deutschen Einheit. Das sage ich mit Bedauern. Es könnte aber sein, dass sich jetzt, im Abstand von 20 Jahren, der Herbst 1989 und die ungeheure Dynamik der damaligen Ereignisse als sehr viel wichtiger für das kollektive Gedächtnis der Deutschen erweisen als der 3. Oktober 1990, der eher das Datum für eine Selbstfeier der westdeutschen politischen Klasse darstellt.

Woran liegt es, dass 1989 nicht zum großen Bezugspunkt geworden ist?

Es sind drei Faktoren. Erstens der Umstand, dass die westdeutsche politische Klasse weder am Oktober '89 noch am 9. November einen Anteil hatte. Zweitens spielte auch die Mehrheit der Bevölkerung eine passive Rolle – jedenfalls der gesamte Westen. Und drittens darf man nicht vergessen, dass mit der DDR für nicht unbeachtliche Teile der Bevölkerung – übrigens in beiden Deutschlands – ein großes Projekt zusammengebrochen ist.

Sie beklagen den 3. Oktober 1990 als geschichtsloses Beitrittsdatum. Hätte der 9. November – historisch mehrfach besetzt, vor allem mit der Po-



Sieht die Bundesrepublik als weithin mythenfreies Land: Herfried Münkler

Foto: dpa

gromnacht 1938 – ein besseres Gedenkdatum abgeben?

Der 9. November ist nicht zuletzt deshalb als Gedenktag geeignet, weil man an diesem Tag immer noch eine ganze Menge mitdenken muss. Einerseits erfüllt uns dieser Tag mit einer gewissen Zufriedenheit über den Verlauf unserer Geschichte. Andererseits erfüllt er uns immer auch mit Bestürzung über das, was der 9. November noch war.

Demnach wäre der 9. November als Gedenktag nicht der Versuch einer Umdeutung, sondern im Gegenteil, ein Datum, an dem die NS-Verbrechen eben gerade nicht ausgeblendet werden können?

Die offizielle Argumentation lautete, dass man mit einer Entscheidung für den 9. November bei unseren europäischen Nachbarn Verwirrungen auslösen würde, dass da zu viele falsche Töne hereinkämen. Ich glaube,

der Hauptpunkt aber dürfte die sehr menschliche Vorstellung gewesen sein: Am 3. Oktober feiern wir uns und wie gut wir waren.

Was würde es den Ostdeutschen über die Symbolik hinaus bringen, wenn ihre Leistung, ihr Mut stärker gewürdigt würden?

Natürlich würden die Rentenansprüche sich nicht erhöhen, und auch die Arbeitslosigkeit ginge nicht zurück. Aber diejenigen, die aktiv an den Protesten teilgenommen haben – und das sind ja bei Weitem nicht alle, sondern großzügig geschätzt vielleicht zehn Prozent der Bevölkerung –, würden es als Anerkennung ihres Beitrags zur politischen Geschichte wahrnehmen. Außerdem möchte ich „1989“ gar nicht als Datum allein der damaligen Demonstranten verstehen. Es wurde lange Zeit als eine Ursache für einen

deutschen Sonderweg angesehen, dass es in Deutschland keine gelungene Revolution gegeben habe. In der DDR ist eine friedliche Revolution gelungen. Insofern war „1989“ auch ein Beitrag zu einer europäischen Normalisierung Deutschlands.

Leipzig macht sich für den 9. Oktober als Gedenkdatum stark – den Tag, an dem die Staatsmacht vor mehr als 70 000 Demonstranten kapitulierte. Dresden hat den 8. Oktober zum städtischen Gedenktag erklärt. Sind solche Initiativen geeignet, die Rolle der Proteste in der DDR stärker herauszustellen?

Vermutlich schon, weil dann Günter Schabowski – so gar nicht intendiertes – Eingreifen in den Verlauf der deutschen Geschichte nicht als alleiniges Ereignis dasteht. Der 9. November 1989 ist der Kulminationspunkt einer Entwicklung,

die ihre Verankerung in Polen, in Ungarn, in Prag und in der gesamten damaligen DDR hat. Wenn Städte und Regionen ihre eigenen Akzente setzen, macht es diese Entwicklung sichtbar. Das ist eine Form der Pflege des kollektiven Gedächtnisses nicht nur auf der Ebene der Schul- und Lehrbücher.

Diskutiert wird auch über die geplanten Einheits- und Freiheitsdenkmale in Berlin und in Leipzig. In Berlin sah sich die Jury außerstande, unter 500 Einreichungen Preiswürdiges zu finden.

Es ist sicher sehr schwierig, für ein solches Denkmal eine erinnerungspolitische Formensprache zu finden, die politisch korrekt und kollektiv anschlussfähig ist. Da sind die Entwürfe wenig überzeugend gewesen. Vielleicht ist es nicht die allgeringste Idee gewesen, sich jetzt und gleich ein solches Denkmal zu leisten.

Kritiker argumentieren, es gebe solche Denkmale schon: in Leipzig die Nikolaikirche, in Berlin das Brandenburger Tor.

Das sind ja auch die Orte, die Authentizität atmen und in vielerlei Hinsicht attraktiver sind. Dass eine Denkmaldiskussion aufgekommen ist, hat weniger mit der Pflege der kollektiven Erinnerung zu tun als vielmehr mit politischer Korrektheit. Nach der Vielzahl von Denkmalbauten in Berlin kam die Vorstellung auf, jetzt auch dieses Datum noch bedenken zu müssen. Ich will nicht ausschließen, dass dies zu einem späteren Zeitpunkt sinnvoll sein mag. Aber nachdem man sich nicht hat entschließen können, den 9. November zum politischen Feiertag der Bundesrepublik zu machen, ist es jetzt auch verfehlt, von künstlerischer Kreativität abzuverlangen, was politische Rationalität in den Sand gesetzt hat.

Zur Person

Herfried Münkler, geb. 1951 im hessischen Friedberg, ist Professor für Politische Theorie an der Humboldt-Universität Berlin und Verfasser zahlreicher Bücher. Für seine Studie „Die Deutschen und ihre Mythen“ erhielt er den Leipziger Buchpreis 2009. Er schrieb über Machiavelli und Hobbes sowie über neue Formen des Krieges. Ferner ist er Vorsitzender der Leitungskommissionen zur Feuerbach- und zur Marx-Engels-Gesamtausgabe an der Akademie der Wissenschaften Berlin-Brandenburg.